

## Horst Adler

### Schweidnitz am Ende des Kaiserreichs und in den ersten Jahren der Weimarer Republik<sup>1</sup> (November 1918 bis Mai 1924) Materialien zu einer Stadtgeschichte

#### 1. Grundlegendes

Die Stadt Schweidnitz liegt etwa 50 km südwestlich von Breslau und stand im Mittelalter diesem an Bedeutung kaum nach. Der Dreißigjährige Krieg, der Ausbau zur friderizianischen Festung nach dem 1. Schlesischen, vier Belagerungen im Siebenjährigen Krieg und die erneute Eroberung 1807 bezeichnen Stufen ihres Abstiegs. Erst der Anschluss an das Eisenbahnnetz seit 1844, die Anfänge einer zunächst bescheidenen Industrialisierung, vor allem aber der Fall der einengenden Festungsmauern ab 1866 leiteten einen neuen Aufschwung ein.

1922 hatte Schweidnitz 29 100 Einwohner<sup>2</sup>, bei der Volkszählung vom 16. 6. 1925 eine Wohnbevölkerung (einschließlich der Garnison) von 30758; bis Anfang 1932 stieg die Zahl auf 33 600. Etwa zwei Drittel der Bevölkerung waren protestantisch, ein Drittel bekannte sich zum katholischen Glauben. 1925 lebten 130 Juden in der Stadt (= 0,42 %). Das Verhältnis der Konfessionen war nach außen meist ohne Spannungen.

Schweidnitz war Sitz eines Amts- und Landgerichts und vieler Reichs- und preußischer Behörden<sup>3</sup>. Auch zahlreiche Schulen erhöhten den Anteil von Beamten und Angestellten an der berufstätigen Bevölkerung<sup>4</sup>. Viele pensionierte Offiziere wählten das „Schlesische Potsdam“ - auch die „Stadt der Generale“ genannt - als Ruhesitz. Das Militär hatte besonders seit der Jahrhundertwende, als zwei Regimenter dort ihre Kasernen bezogen<sup>5</sup>, eine bedeutende Rolle im Leben der Stadt gespielt und das Bewusstsein der Bürger stark geprägt. Die Vorliebe für den »bunten Rock« überlebte auch die vom Versailler Vertrag erzwungene Verkleinerung der Garnison, die weiterhin eine der stärksten in Schlesien blieb<sup>6</sup>. Der Mythos des »Roten Kampffliegers«, des Freiherrn Manfred von Richthofen, wuchs gerade in den Tagen der Weimarer Republik<sup>7</sup>.

Man darf annehmen, dass bis gegen das Kriegsende auch die Schweidnitzer Arbeiterschaft keine Abneigung gegen das Militär hegte. Schweidnitz war zwar keine eigentliche Industriestadt wie etwa Waldenburg, doch wuchs eine nicht unbedeutende Schicht von Industriearbeitern langsam seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Sie wohnten vorwiegend in der Niederstadt, wo sich auch die meisten Fabriken angesiedelt hatten, oder im »roten Viertel« (Peters-, Münz-, Büttner-Nonnenstraße)<sup>8</sup>. Beträchtliche Verstärkung erhielt die Arbeiterschaft in der Nachkriegszeit durch die Eröffnung des Reichsbahnausbesserungswerks, das im Sommer 1923 die Arbeit aufnahm. 1924 arbeiteten dort ca. 480, 1929 etwa 650 Mann. Bei der Volkszählung von 1939 betrug der Anteil der Arbeiter an der Gesamtbevölkerung 45,5 %. 27,2 % waren

---

<sup>1</sup> Der Beitrag geht auf einen Vortrag zurück, den der Verfasser auf der 34. Wissenschaftlichen Studententagung der Stiftung Kulturwerk Schlesien in Münsterschwarzach am 28. Juli 1992 hielt. Dieser wurde in der Zeitschrift „Schlesien“ 4/1994 erstmals gedruckt. Die vorliegende Fassung wurde etwas erweitert.

<sup>2</sup> Bei der Volkszählung 1910 betrug die Zahl der Ortsanwesenden 31329, davon 2469 aktive Militärangehörige, also 28860 Zivilisten.

<sup>3</sup> Das Adressbuch 1925 nennt neben den kommunalen Einrichtungen und den Dienststellen von Post und Bahn unter anderem die Reichsbankstelle, das Provinzial-Arbeits- und Landarmenhaus, das Landratsamt, das Hauptzollamt, das Eichamt, das Preuß. Kataster- und Preuß. Hochbauamt.

<sup>4</sup> 1925: Städtisches Gymnasium und Städt. Oberrealschule, Staatliches Oberlyzeum mit Frauenschule, Kathol. Lyzeum der Ursulinen, vier nach Geschlechtern und Konfessionen getrennte Volksschulen, eine Hilfsschule, eine gewerbliche und eine kaufmännische Fortbildungsschule, eine Höhere Lehranstalt für praktische Landwirte.

<sup>5</sup> Das Grenadierregiment König Friedrich Wilhelm 11. (I. Schlesisches) Nr. 10 bezog - aus Breslau kommend - 1897/98 das von der Stadt neu errichtete Kasernement an der Waldenburger und der Grenadierstraße, das neugebildete Feldartillerie-Regiment Nr. 42 im Jahre 1899 die ebenfalls neue Bolkokaserne.

<sup>6</sup> 5 1925 standen in Schweidnitz Stab und Ausbildungsbataillon 7. (Preuß.) Infanterie-Regiment und die 1. Abteilung 3. (Preuß.) Artillerie-Regiment.

<sup>7</sup> Schon im Todesjahr 1918 wurde eine Richthofeneiche gepflanzt und ein Findlingsblock mit seinem Namen aufgestellt. 1920 beziehungsweise 1922 brachten die Beisetzung des Vaters und des Bruders Lothar auf dem Schweidnitzer Garnisonfriedhof den Namen Richthofen erneut in Erinnerung. Die geplante Überführung Manfreds nach Schweidnitz unterblieb, weil höchste Stellen in Berlin auf der Beisetzung auf dem Invalidenfriedhof bestanden. Seit 1924 wurde alljährlich eine Richthofenstafette quer durch die Stadt Schweidnitz veranstaltet, 1928 entstand eine großzügige Richthofen-Gedächtnisstätte. 1933 wurde das Richthofen-Museum eröffnet und die Striegauer Straße in Manfred-von-Richthofen-Straße umbenannt.

<sup>8</sup> Im Wahlbezirk 8 (Schankwirtschaft Hohenzollern, Petersstr. 19) erhielt die SPD am 19. 1. 19 fast 71 %; im Bezirk 7 (Windesche Schankwirtschaft, Hohstr. 35) fast 52 %; dementsprechend liegt die DNVP bei nur 6,3 beziehungsweise 9,6 %. Zwischen 51,1 und 57,3 % liegen die Ergebnisse der SPD in den 3 Stimmbezirken der Niederstadt.

Beamte und Angestellte, 10,2 % Selbständige und mithelfende Familienangehörige. Diese Verteilung dürfte in der Weimarer Zeit nicht wesentlich anders gewesen sein.

## 2. Die »Revolution« und das Kriegsende in Schweidnitz

Walther Rathenau schrieb über die sogenannte »Novemberrevolution«: »Nicht wurde eine Kette gesprengt durch das Schwellen eines Geistes und Willens, sondern ein Schloss ist durchgerostet. Die Kette fiel ab, und die Befreiten standen verblüfft, hilflos, verlegen«<sup>9</sup>. Das gilt auch für Schweidnitz. Zwar gab es in der Nacht vom 8. auf den 9. November 1918 Unruhe in der Stadt. Sie hatte aber keinen politischen Hintergrund. Ein Soldat wurde gegen 20 Uhr auf dem Markt von einem Vorgesetzten zur Rede gestellt, weil er ihn nicht begrüßt hatte. Eine erregte Menge bedrängte den Offizier, der in das Gasthaus »Zur Goldenen Krone« flüchtete, vor dem es zu weiteren Tumulten kam. Unter Führung eines Unteroffiziers bewegte sich dann ein Zug, gefolgt von johlenden Frauen und Halbwüchsigen, zum Militärarresthaus in der Unteren Bolkostraße. Die dort Inhaftierten wurden befreit. Eine Patrouille stellte sich den Aufrührern in den Weg. Dabei wurde einer der Demonstranten getötet, die übrigen stoben auseinander. Die meisten Schweidnitzer schliefen und werden wenig von diesem Geschehen bemerkt haben.

Im »Kriegstagebuch« der Freifrau Kunigunde von Richthofen, der Mutter des »Roten Kampffliegers«, das erst 1937 erschien<sup>10</sup>, klingt alles viel dramatischer: »Eine rote Welle wälzte sich durch die Stadt. Dreihundert wüste Kerle in liederlicher Uniform terrorisierten die Bevölkerung, öffneten die Gefängnisse, misshandelten Offiziere und anständige Soldaten, traten ihre Eisernen Kreuze in den Dreck. Das Grölen ihrer Umzüge drang bis in unseren stillen Winkel«. ... »Da laufen sie und schwenken ihre roten Fetzen, ein Haufen loser Menschenspreu ... Ihre Augen, trunkene Schreie in der Stadt - Gesindel unter den stolzen alten Türmen ... Und draußen heult der Terror durch die Straßen«. Fast 20 Jahre nach dem realen Geschehen wird in einem Zerrbild die Version von den »Novemberverbrechern« ins Schweidnitzer Milieu verpflanzt. Dieses Geschichtsbild wurde freilich nicht erst 1937 erfunden. Es wuchs seit 1919 und bestimmte Denken und Handeln vor allem der Anhänger der Deutschnationalen Volkspartei, des Stahlhelms und von Teilen der DVP.

Die Wirklichkeit war anders und weniger theatralisch. Natürlich erschütterten die Nachrichten von der Annahme der harten Waffenstillstandsbedingungen, von Thronverzicht und Flucht des Kaisers, von der Ausrufung der Republik und der Bildung einer Revolutionsregierung in Berlin die meisten Bürger zutiefst. Doch das Leben ging weiter. Ein Schweidnitzer des Jahrgangs 1906, Sohn des damaligen Stadtrentmeisters, bestätigt: »Die Vorgänge waren jedenfalls keinesfalls dramatisch. Selbstverständlich gingen auch in den Novembertagen alle Beamten und Angestellten wie stets pünktlich zu ihren Arbeitsstellen. Mein Vater konnte sich zwar der Tränen nicht erwehren, als er am 9. November vom Büro nach Hause kam und wir Kinder ihm die Nachricht von der Abdankung des Kaisers mitteilten, aber am nächsten Morgen war er natürlich wieder pünktlich im Amt: ein Beamter diene dem Staat und nicht einer Regierung oder einem Monarchen. Und die Schule ging weiter wie immer«. <sup>11</sup> Zwar trugen die Gymnasiasten schwarz-weiß-rote Bändchen im Knopfloch, um ihre nationale Gesinnung zu zeigen, doch wurde das bald vom Direktor verboten. Auch in den Betrieben ging die Arbeit ungestört weiter<sup>12</sup>.

Die auffälligsten Veränderungen zeigten sich im militärischen Bereich. Die Garnisonstruppen legten ihre Rangabzeichen ab, die Disziplin wurde lockerer, ein Soldatenrat übernahm am 10. 11. 18 formal die Gewalt. Ein militärischer Umzug aus diesem Anlass mit der roten Fahne mag manchen Bürger beunruhigt haben, obwohl er in strenger Disziplin verlief und der Vorsitzende des Soldatenrates in seiner Ansprache den Schutz von Ordnung und Ruhe als oberstes Ziel herausstellte<sup>13</sup>. Über die Rückkehr der Fronttruppen berichtet das nächste Kapitel.

Parallel zum Geschehen in ganz Schlesien wurde auch der Schweidnitzer Soldatenrat am 22. 5. 19 aufgelöst. Selbst die konservative »Tägliche Rundschau«, die früher nicht an Kritik gespart hatte<sup>14</sup>, bescheinigt ihm »sachliche Selbstbescheidung und verständige ruhige

---

<sup>9</sup> Walther RATHENAU, Kritik der dreifachen Revolution, 1919. Hier zitiert nach der Ausgabe Nordhausen 1987, S. 13.

<sup>10</sup> Kunigunde FREIFRAU VON RICHTHOFEN, Mein Kriegstagebuch. Die Erinnerungen der Mutter des roten Kampffliegers. Mit einem Geleitwort von Generaloberst Göring. Berlin 1937.

<sup>11</sup> Die Reaktion seines Lateinlehrers im Gymnasium schildert Hans HERTFL in »Generation im Aufbruch«, Preuß. Oldendorf 1977, S. 23.

<sup>12</sup> Am Montag, 11. 11. 18 hielt z.B. der Direktor der Aron-Werke Emil Schoder eine Betriebsversammlung. Ab 14 Uhr wurde normal gearbeitet.

<sup>13</sup> Ausführliche Darstellung in der Täglichen Rundschau vom 12. 12. 18.

<sup>14</sup> Vgl. etwa den Jahresrückblick auf 1918 am 9.1.1919. Da ist die Rede von Soldatenräten, „unter deren Wirken sich Zügellosigkeit in den Reihen der Soldaten ausbreitete und die furchtbarsten Folgen zeigte. Was unter der Herrschaft der Soldaten-Räte seinerzeit erreicht wurde, daran ist nur mit Schrecken und Grauen zu denken.“

Geschäftsbehandlung«. Zu sagen hatte er sowieso kaum etwas. Unbeschadet der Existenz des »revolutionären« Soldatenrats blieb die wirkliche Macht in der Hand der alten Zivilbehörden. Der Magistrat bestand weiterhin aus dem seit Juni 1917 amtierenden 1. Bürgermeister Franz Cassebaum (resigniert 1. 8. 29) und dem 2. Bürgermeister Dr. Karl Peikert (1910-12 besoldeter Stadtrat, seit 1917/18 2. Bürgermeister, ab 1. 8. 1929 OB, + 22. 2. 193 1) sowie dem besoldeten Stadtrat Kurt Franke (1913-1930, ab April 1930 2. Bürgermeister, seit März 1931 OB). Das vierte besoldete Magistratsmitglied war Stadtbaurat Heinrich Borst (1913-37).

Solche Kontinuität gibt es in der Stadtverordnetenversammlung nicht. Da in ihr die Arbeiterschaft nicht vertreten war, wird am 11. 11. 18 ein 18-köpfiger Bürgerausschuss gebildet, der zur Hälfte mit SPD- beziehungsweise Gewerkschaftsmitgliedern besetzt wird<sup>15</sup>. Seine Hauptaufgabe ist die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Die Neuwahl des Stadtparlaments am 2.3. 1919, erstmals nach dem **Verhältniswahlrecht** und mit Wahllisten der Parteien, bringt der SPD 13 Mandate (DNVP 8, Z 8, DDP 7). Wie wenig revolutionär aber die von vielen Bürgern gefürchteten »Roten« in Schweidnitz sind, zeigt ihr Verzicht auf den Posten des ihnen zustehenden StVO-Vorstehers und die Erklärung ihres StVO Bartmann in der 1. Sitzung, die Arbeitervorteiler seien sich bewusst, dass sie nur aus der Volksschule hervorgegangen seien. Sie wollten sich bemühen, zum Wohle der Stadt Schweidnitz ihr Wissen in der Stadtverordnetenversammlung zu erweitern.

Als dem Ersten Bürgermeister Franz Cassebaum im November 1919 der Titel Oberbürgermeister verliehen wird, benützt er die Gelegenheit zu einem Rückblick auf die Ereignisse im abgelaufenen ersten Jahr der Republik. Er betont, trotz der unzureichenden Versorgung mit Lebensmitteln habe die Schweidnitzer Bevölkerung selbst in den schwierigsten Lagen mustergültige Haltung gezeigt. - „Und das ist an erster Stelle zu danken den besonnenen Führern der Arbeiterschaft“.

### 3. Die Heimkehr der Fronttruppen im Dezember 1918

Schon am Freitag, 29. 11., ist die Stadt für den Empfang der Fronttruppen mit Fahnen, Girlanden und einer Ehrenpforte am Bahnhof geschmückt, doch verzögert sich deren Heimkehr noch. Geplant ist, dass der Erste Bürgermeister und Stadtrat Weitz die Truppen schon auf dem Bahnhof willkommen heißen. Da die 10er aber u.U. erst abends eintreffen, soll das Regiment etwa 1000 Mann stark, erst am nächsten Tag mit klingendem Spiel durch die Stadt ziehen und dann ein zweites Mal offiziell und öffentlich vor dem Rathaus begrüßt werden. An diesem Tag soll in beiden Kirchen die Orgel jeweils eine Stunde dankbar erklingen. Die Soldaten sollen zu Nachmittags- und Abendvorstellungen kostenlose Eintrittskarten fürs Kino und Theater erhalten. „Die Stadt prangt in vollem Festschmuck und wartet ungeduldig verkündet die Zeitung am 3.12. Inzwischen ist bekannt geworden, dass es in anderen Städten zu heftigen Zusammenstößen zwischen den heimkehrenden, überwiegend weiterhin monarchistisch gesinnten und ihren Offizieren treu ergebenen Frontsoldaten und den Vertretern der Soldatenräte unter den revolutionären roten Farben gekommen ist. Als etwa am 29.11.18 ein nach Neisse gehender Transport der 21er auf dem Bahnhof Striegau eintrifft, kontrollieren die Heimkehrer sofort die „Bahnsteigsoldaten“ und reißen den „Etappenhengsten“ oder „Etappenschweinen“ unter Puffen die roten Kokarden ab. In Liegnitz wird als Kompromiss umgehend das revolutionäre Rot durch die Farben Schwarz-Rot-Gold ersetzt.

Der Schweidnitzer Soldatenrat erlässt in Kenntnis des bevorstehenden Problems einen Aufruf an die Soldaten der Garnison, die sein Vorsitzender Pudack als Anzeige in die Zeitungen setzen läßt: *"Kameraden der Garnison Schweidnitz! Nach monatelangen schweren Kämpfen um die Sicherheit ihres Vaterlandes kehren Eure Kameraden jetzt in die Heimat zurück. Zwar ist es ihnen nicht vergönnt gewesen, dem Grauen des Schlachtfeldes mit den Lorbeeren des Siegers den Rücken zu kehren. Der vielfachen feindlichen Übermacht haben sie allmählich weichen und den in jahrelangem Ringen teuer erkaufen und zäh behaupteten Boden aufgeben müssen. Viele Hunde waren des Löwen Tod! Das deutsche Heer ist besiegt, aber nicht der deutsche Geist, er lebt fort, er schwingt sich in freiheitliche Bahnen, denn der deutsche Soldat ist frei, er hat den eisernen Zwang abgeschüttelt, die Fesseln, die ihn unbarmherzig an das alte System geschmiedet hatten, gesprengt. Dieses System ist zusammengekracht! Der deutsche Frontsoldat und Ihr seid in eine neue Zeit eingetreten, in der das köstlichste Gut der Menschheit, die Freiheit, winkt! - Die meisten von Euch haben Schulter an Schulter mit denen gekämpft, die nun zurückkommen. Ihr wisst am besten, welche Gefahren, Unbilden und Entbehrungen der deutsche Feldsoldat ins Auge geschaut hat, Ihr könnt am besten die Wünsche und Forderungen Eurer Kameraden verstehen. Richtet Euch also danach, nehmt Eure Kameraden so auf, dass sie wissen, dass sie wieder in die deutsche Heimat, zu ihren Kampf- und Lebensgefährten zurückkehren. - Tragt der Stimmung*

---

<sup>15</sup> Besetzung s. TR 13.11.18

*unter Euren Brüdern von der Front Rechnung, nehmt etwaige Unbehaglichkeiten in Kauf, von denen Ihr bisher frei gewesen seid. Seid vor allem zurückhaltend und nachgiebig! Tragt dazu bei, dass das alte kameradschaftliche Verhältnis neu aufgerichtet, ein auf gegenseitiges Vertrauen gestütztes gemeinsames Arbeiten möglich wird, und dass Ihr alle in den starken Ruf einstimmen könnt: ‚Wir sind ein einig VOLK von Brüdern!‘*

*Der Soldatenrat*

*gez. Pudack"*

Am 4.12.1918 traf mit mehr als vierstündiger Verspätung um 17.36 Uhr der Zug mit dem ersten Bataillon des Grenadierregiments Nr. 10 in dessen Garnisonstadt ein. Eine vielhundertköpfige Menge füllte den Bahnhofplatz und die Straßen. Die Kapelle des Ersatzbataillons intonierte auf dem Bahnsteig den Marsch „Alte Kameraden“. Der Bahnhof war geschmückt mit Fahnen, Fähnchen, Tannengrün. An den Personen- und Güterwagen sah man teilweise schwarz-weiß-rote Fähnchen und Tannengrün. Talgkerzen und Koksöfen erleuchteten sie. Zum Empfang hatten sich mehrere Offiziere eingefunden, aber nur ein Mitglied des Empfangsausschusses. Die 456 Ankömmlinge (2.3.4./11. und 6./11) sind in freudigster Stimmung, halten dabei aber straffe Zucht und Ordnung. Ihre Gewehre sind mit Blumen und Fähnchen in den deutschen, preußischen und schlesischen Farben geschmückt, an Brust und Mütze tragen sie Blumen und schwarz-weiß-rote Schleifen. Auch größere schwarz-weiß-rote Fahnen wehen. Das Bild ähnelt dem beim Ausmarsch 1914. Der Abmarsch erfolgt mit klingendem Spiel durch das Spalier der Menge und die Ehrenpforte am Bahnhofplatz über die Südseite des Wilhelmsplatzes nach der Grenadierkaseme. In der Nacht trifft dann noch der Regimentsstab 10 mit der Regimentskapelle ein. Zum Empfang sind die Kapelle des Ersatzbataillons und eine Grenadierkompanie mit geschmückten Gewehren angetreten. Trotz der späten Stunde hat sich auch wieder eine große Menschenmenge eingefunden. Ein Umzug geht über die Obere Wilhelmstr., Burgstraße, Paradeplatz, Bögendorfer Straße zur Kaserne in der Waldenburger Straße. In der Burgstraße spielt die Regimentskapelle, begleitet von lauten Hochrufen des Publikums, die Kaiserhymne „Heil dir im Siegerkranz“ und den Preußenmarsch. Am Morgen des 5.12. kommt auch das Füsilierbataillon der Zehner an. Es fehlt nun nur noch ein Bataillon.

In denselben Tagen kehrt auch das Artillerieregiment 42 zurück; es muss Ausweichquartiere um Schweidnitz beziehen; das in der Bolkokaserne befindliche Kriegsgefangenenlazarett war zwar am 26.11.18 aufgelöst, die Räume jedoch noch nicht hergerichtet worden<sup>16</sup>. In den Stallungen blieb zudem noch ein Pferdelaazarett.

Die Stadt plant für den 7.12. vor dem Rathaus eine offizielle Begrüßung der Heimkehrer beider Regimenter nach einem Umzug durch die Stadt. Abends soll es in den Kasernen auf städtische Kosten Freibier geben, für die nächsten Tage will man Freikarten für Theater und Kino an die Soldaten ausgeben.

Doch am 6.12. kommt es auf dem Hof der Grenadierkaserne zu Unruhen. Eine geplante Parade vor dem aus Breslau zur Begrüßung erschienenen Divisionskommandeur wird von Garnisonsoldaten gewaltsam gestört.

Auch der auf den 8.12. verschobene Empfang durch die Stadt verläuft nicht ungestört. Schon der äußerliche Rahmen ist wenig angemessen. Die Ausschmückung der Stadt, inzwischen schon über acht Tage alt, hat durch Wind und Regen stark Schaden genommen. Bei einer Vorbesprechung am 7.12. zwischen dem städtischen Empfangsausschuss, den Regimentern und dem Soldatenrat akzeptierte der Vertreter der Artillerie nur unter Vorbehalt, dass die Truppe ohne Stahlhelm und ohne Waffen erscheinen sollte.

Um 11 Uhr am 8. 12. marschieren zwei Bataillone der Zehner ohne Gewehr, mit Feldmütze hinter den vereinigten Regiments- und Ersatzbataillonskapellen (Leitung Vizefeldwebel Eggers)<sup>17</sup> von der Kaserne ab. Angeführt werden sie vom Brigadekommandeur Oberst von Dewall und mehreren Offizieren. Vor jeder Kompanie marschieren auch Mitglieder des Soldatenrats. Hinter der Bahnschranke an der Waldenburger Straße schließen sich ihnen Abordnungen des im Landkreis untergebrachten Artillerieregiments an. Die etwa 30 Offiziere und 200 Mann zu Pferde haben ihre mit Tannengrün und schwarz-weiß-roten Fähnchen geschmückten Geschütze mitgebracht - eine offensichtlich, ebenso wie das dann Folgende geplante Provokation. Während die Grenadiere am Paradeplatz zur feierlichen Begrüßung Aufstellung nehmen, rattern die Artilleristen ohne Halt vorüber. Von dem auf dem Rathausbalkon wartenden Oberbürgermeister Cassebaum nehmen sie keine Kenntnis und rücken durch die Burgstraße ab.

---

<sup>16</sup> Von den über 300 Verwundeten und Kranken wurde der größte Teil nach Lamsdorf verlegt und von da zur Grenze gebracht. Etwa 120 Nichttransportfähige blieben zunächst im "Kaiserhof".

<sup>17</sup> Musikmeister Pagel, der Leiter der Regimentskapelle, war auf Wunsch dieser Kapelle seines Amtes enthoben worden. Ein Grund dürfte die monarchistische Demonstration auf der Burgstraße anlässlich der Heimkehr gewesen sein.

Der Eklat sei, so erklärt das „2. Schlesische Feldartillerie-Regiment Nr. 42“ am 10. 12. in einer Zeitungsanzeige (unterzeichnet: Tieschowitz, Major und Regimentskommandeur. Der Soldatenrat: Flemming, Sergeant, Ulbrich, Unteroffizier, Höhne, Gefreiter), durch eine rote Fahne am Rathaus ausgelöst worden. Darin heißt es: *"Schwarz-Weiß-Rot war die Fahne, unter der wir 50 Monate in Feindesland gekämpft und gelitten haben. Wir wollten nicht vor der roten Fahne nach all dieser schweren Zeit uns beugen und sind daher abgeschwenkt. Die rote Fahne ist für uns gleichbedeutend mit der roten Internationale, von der selbst unsere Feinde nichts wissen wollen. Die Bürgerschaft der Stadt Schweidnitz wird es deshalb verstehen und würdigen, dass ihr altes Feldart.Regt. Nr. 42 der roten Fahne bei dem Einzuge nicht zu huldigen vermochte und deshalb der Begrüßung fernblieb."*

Auf dem Rathausplatz ging die Feier trotzdem zunächst nach Plan weiter. Oberbürgermeister Cassebaum hielt seine Rede zum Thema „Unbesiegt in die Heimat“ und schloss mit einem „Hoch!“ auf beide Regimenter. Für diese dankte Oberst v. Dewall, brachte seinerseits ein dreifaches Hurra auf den Standort und seine Bewohner aus, und gab das Kommando zum geordneten Abmarsch. Der Festakt schien beendet.

Da erschollen laute Rufe: „Halt, Halt!“ Der Soldatenrat fühlte sich durch Nichtbeachtung brüskiert und hintergangen. Vor Beginn der Feier hatte er sich mit einer roten Fahne vor dem Rathaus aufgestellt. Inzwischen war der Vertreter des Breslauer Zentralrats, Hepp, begleitet von einigen Mitgliedern des Schweidnitzer Soldatenrats, auf dem Rathausbalkon erschienen. Auf die Rufe hin blieben Teile der Mannschaften stehen, andere traten aus dem Glied. Dewall versuchte wenigstens noch die militärische Disziplin zu retten, indem er kommandierte: „Die Bataillone sind entlassen!“ und mit den Offizieren den Platz verließ.

Nun erst erschien auch die rote Fahne auf dem Rathausbalkon. Neben ihr stehend hielt Hepp seine Rede. Er berührte die Kriegsschuldfrage, geißelte die „Machtgelüste der Hohenzollern“, gab der kaiserlichen Regierung die Schuld am Tod der vielen Gefallenen und endete: „Unser neues, freies, republikanisches Deutschland, es lebe hoch“. (Der Zeitungsbericht bemerkt in ohnmächtig-kindischem Trotz: „Man konnte Soldaten und Zivilpersonen beobachten, die in diesen Ruf nicht mit einstimmen“!).

Nach dem „Choral von Leuthen“ („Nun danket alle Gott mit Herzen Mund und Händen“) nahm Hepp noch einmal das Wort: „Unsere Offiziere sind weggelaufen, wahrscheinlich hatten sie Scheu vor der roten Fahne. Unsere Vertrauensleute führen euch zurück in die Kaserne.“

Inzwischen hatte der Kommandeur der Artillerie nach einer kurzen Ansprache auf dem Margaretenplatz auch seine Sonderdemonstration beendet.

Wie wichtig es dem Garnisonsoldatenrat war, die in der Anzeige des Artillerieregiments unterstellte Verbindung der roten Fahne zu Kommunismus und Bolschewismus zurückzuweisen, gleichzeitig aber unter Ablehnung aller reaktionären Kräfte ein Bekenntnis zur revolutionären Regierung abzulegen, zeigt die als direkte Antwort zu verstehende Zeitungsanzeige vom 12.12. (Datum 10. 12.18, gezeichnet Pudack, Ludwig, Schneider):

*"Bürger und Soldaten der Stadt Schweidnitz und Umgebung! Als nach der politischen Umwälzung in den ersten Novembertagen Arbeiter- und Soldatenräte in ganz Deutschland die Macht an sich rissen, fühlten sie sich eins mit der jungen demokratischen Regierung Eber-Haase. Sie waren sich der ungeheuren Tragweite der Geschehnisse bewusst, die sie mit klarem Bewusstsein auf sich genommen hatten. Wollten die Arbeiter und Soldaten Vollstrecker des Volkswillens sein, wollten sie die gemäßigte sozialistische Regierung im Sinne der Gesamtheit durch tatkräftige Mitarbeit unterstützen, so musste sie von vornherein ihre Gegner erkennen. Zwei Mächte drohen die Errungenschaft der deutschen Revolution zunichte zu machen, zwei Feinde warten auf die Gelegenheit, uns den Todesstreich zu versetzen. - Der eine sucht sich aus den Trümmern, unter denen er begraben liegt, hervorzuarbeiten und von neuem den Arm der Zwingherrschaft, der ihm gelähmt wurde, zu schütteln. Er nennt sich Reaktion und Militarismus. Diesen Feind müssen wir bekämpfen.*

*Der andere sucht in der jungen Saat zu wurzeln und seine maßlosen Pläne derurteilsschwachen, erregten Volksmasse aufzuzwingen. Er trägt das Banner der Anarchie und hat die Schattengestalten der Hungersnot, des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, der sittlichen Verwilderung im Gefolge. Auch gegen diesen Feind schärfen wir unsere Waffen. Er scheint noch gefährlicher als der erste, denn er führt das revolutionäre Deutschland irre, sucht Verwirrung und Bruderhass zu nähren. Er heißt SPARTAKUS und hat sich gegen unsere neue Regierung verschworen, ist also auch unser Feind, die wir uns geschlossen um die gegenwärtige Regierung scharen. Wir würden uns das eigene Grab schaufeln, wenn wir seine Bestrebungen unterstützten! Seid versichert, Bürger und Soldaten, dass wir einmütig auf der Seite der Ebert-Haase'schen Volksregierung stehen. Wir bilden, vereinigt unter dem Zentralsoldatenrat für Schlesien, mit dem Volksrat in Berlin und den ihm unterstellten örtlichen Räten (Volks- und Bauernräten) die einzigen von der Regierung anerkannten politischen Organe, deren vornehmste Aufgab es war*

*und bis zur Nationalversammlung bleiben wird, das Nationaleigentum zu schützen und Brudermord zu verhindern.*

*Wir bekämpfen jede Gegenrevolution, verwerfen die Bestrebungen der Spartakusgruppe und erstreben schnellste Einberufung der Nationalversammlung.“*

Beide Schweidnitzer Truppenteile aber werden bald zur Grenzsicherung gegen Tschechen und Polen abgezogen. Dabei stützt man sich nach der Demobilisation auf sorgfältig überprüfte, zuverlässige Freiwillige. Der Neuaufbau der „Reichswehr“ als 100 000-Mann Heer entsprechend den Auflagen des Versailler Diktats soll hier nicht weiter verfolgt werden.

#### **4. Parteien und Wahlen in Schweidnitz 1919-1923**

Unmittelbar nach der »Revolution« war zunächst nur die SPD, die auf ihre Vorkriegsorganisation zurückgreifen konnte, in der Stadt aktiv. Als damals mindestens in Schweidnitz - noch fast reine Arbeiterpartei verfügte sie über keine Vertreter aus der Stadtprominenz. Sie hatte auch keine eigene Zeitung in Schweidnitz. Die „Schlesische Volkswacht“ in Breslau und besonders die „Schlesische Bergwacht“ in Waldenburg vertraten auch die Interessen der Schweidnitzer Arbeiterschaft.

Nach der Entscheidung des Rates der Volksbeauftragten und des Rätekongresses, schon am 19. Januar 1919 in allgemeinen, freien Wahlen das Volk über die Zusammensetzung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung abstimmen zu lassen, bildete sich rasch auch hier das allgemein bekannte Parteienspektrum.

Die bürgerlichen Liberalen beider Richtungen schlossen sich zunächst in der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) zusammen. Sie bekannte sich eindeutig zur neuen Republik und den Farben Schwarz-Rot-Gold. Sprachrohr dieser Partei war die „Schweidnitzer Zeitung“. Zu ihren prominenten Vertretern gehörten etwa der Direktor der Aron-Werke, Emil Schoder, oder der Rektor der evangelischen Mädchenschule, Wilhelm Kanther,

Mit den Reichstagswahlen von 1920 war in Schweidnitz die liberale Einheit zu Ende. Die Nationalliberalen fanden eine neue politische Heimat in der Deutschen Volkspartei (DVP). Zu ihr bekannten sich unter anderem Kaufmann Oskar Goldmann und der spätere Oberstudiendirektor der Oberrealschule, Dr. Reinhold Schmidt.

Das Zentrum (Z), die Partei der Katholiken, schuf sich ebenfalls erst nach dem Weltkrieg eine lokale Organisation und mit der Mittelschlesischen Zeitung ein eigenes Presseorgan. Wie SPD und DDP bejahte es den neuen Staat. Wenn es ihn auch nicht liebte, schien doch die Vernunft ehrliche Mitarbeit zu gebieten. Die Trauer um das Ende des Bismarck-Reiches hielt sich in Grenzen. Der in Schweidnitz besonders erbittert ausgetragene Kulturkampf lag ja kaum 50 Jahre zurück<sup>18</sup>. Die Anhängerschaft des Zentrums geht quer durch alle sozialen Schichten - das einigende Band ist das katholische Bekenntnis, Einer seiner Repräsentanten ist der Rektor der katholischen Mädchenschule, Georg Rückert. Die *Deutschnationale Volkspartei* (DNVP) bildete das Sammelbecken für die Konservativen aller Richtungen. Zwar betont sie, eine Partei neuen Typs und für alle Volksschichten offen zu sein, was schon der Name ausdrücken will. Ihre politischen Maximen aber sind - mindestens in Schweidnitz - vorwiegend auf Restauration gerichtet; die parlamentarische Demokratie wird grundsätzlich abgelehnt, viele ihrer Anhänger trauern der Monarchie nach, mindestens aber wünschen sie eine autoritäre Obrigkeit, die Manneszucht und Ordnung zurückbringen sollte. Ihre Anhänger finden sich besonders unter Beamten, Richtern, Offizieren, der evangelischen Geistlichkeit und Gutsbesitzern. Einige davon gibt es auch in der Stadt noch, etwa den Korvettenkapitän a. D. Georg v. Bartenwerffer, der 1923 die Kreisgruppe Schweidnitz des Stahlhelms gründete und 1924 Führer des neugeschaffenen schlesischen Gaues Süd (später: Sudetengau) wurde. Groß bleibt in der Partei der Einfluss der umwohnenden – vielfach adligen - Großgrundbesitzer<sup>19</sup>. Sehr rege war gerade in Schweidnitz aber auch die Gruppe der katholischen DNVP-Anhänger, an deren Spitze der Rektor der katholischen Knabenschule, MdL Viktor Lukassowitz, stand. Er geriet immer wieder in Auseinandersetzungen mit dem Zentrum, um dessen Wähler er ja direkt warb. Auch der spätere

---

<sup>18</sup> Zum Kulturkampf in Schweidnitz mit der Vertreibung der Ursulinen und der Jesuiten sowie der Inhaftierung von Stadtpfarrer Hugo Simon s. Horst ADLER, »Zur Geschichte der katholischen Pfarrgemeinde Schweidnitz« und »Klöster und klosterähnliche Gemeinschaften in Schweidnitz«, beide im Katalog der Ausstellung »Schweidnitz im Wandel der Zeiten«, hg. von Werner BEIN und Ulrich SCHMILEWSKI, Würzburg 1990, S. 269-277 7 beziehungsweise 278-83.

<sup>19</sup> Zu ihnen gehörten unter anderem Graf v. Keyserlingk/Cammerau (seine Tochter Doris heiratete 1919 Lothar v. Richthofen), die Familien v. Hohberg und Buchwald in Goglaw u und Pilzen, v. Salisch in Kratzkau, Graf v. Waldenburg in Würben, Graf v. Pückler auf Ober Weistritz, Frh. v. Reitzenstein auf Nieder Weistritz. Eine bedeutende Rolle in Schweidnitz spielte auch Freiherr v. Zedlitz/Kynau, obwohl die Kynsburg verwaltungsmäßig schon im Kreis Waldenburg lag. Vollständigkeit ist nicht angestrebt, in diesem Rahmen auch nicht möglich.

Breslauer Generalstaatsanwalt Dr. Walther Schäffer gehörte während seiner Schweidnitzer Zeit als Staatsanwaltschaftsrat zur Gruppe der katholischen Deutschnationalen. Sprachrohr, wenn auch nicht Parteizeitung, der Konservativen war die älteste Schweidnitzer Zeitung, die *Tägliche Rundschau*<sup>20</sup>.

Nur vier Parteien stellten sich am 19. 1. 19 zur Wahl: SPD, DDP, Z und DNVP. Die SPD ging mit fast 42 % als klare Siegerin hervor, gefolgt von DDP und Z, die beinahe gleich stark wurden (201,2 beziehungsweise 20,1 %). Die DNVP bildete mit 16 % das Schlusslicht, lag damit aber immer noch erheblich über dem Reichsdurchschnitt (10,3 %). Das Bild sollte sich bald ändern. Die Reichstagswahl am 6. 6. 1920 (nach dem Kapp-Putsch!) brachte grundlegende Verschiebungen. Die schon angesprochene Spaltung der Liberalen führte zur Zersplitterung. Die DDP erhielt nur noch 7,8 %, die DVP 11 % der Stimmen. Ähnlich erging es den Sozialdemokraten. Ein Teil ihrer Wähler wandte sich enttäuscht vom angeblich opportunistischen Verhalten mancher Arbeiterführer während des Kapp-Putsches und danach - der radikaleren Alternative zu und gab seine Stimme der *Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* (USPD). In Schweidnitz erringt sie 10,5 % (SPD 25,1 %). Der Trend setzt sich bis 1924 fort. Dann tritt hier erstmals die KPD an, die Erbin der meisten USPD-Stimmen.

Unangefochten bleibt bis 1933 das Zentrum. Es kann auf eine homogene Stammwählerschaft von 2700-3000 Stimmberechtigten zählen. Nur die Prozentzahlen schwanken wegen der unterschiedlichen Wahlbeteiligung. 1920 erhält es gut 20%.

Der Trend läuft aus verschiedenen Gründen nun in Richtung DNVP. Schon bei der Kommunalwahl im März 1919 rückt sie aus dem Tief der Januar-Wahlen an die zweite Stelle. 23 % reichen für 8 Stadtverordnete. Selbst der verunglückte Kapp-Putsch schadet ihr nicht. Mit 25,5 % überholt sie im Mai 1920 knapp die SPD.

## 5. Alltagsfreuden und -sorgen

Nach dem Exkurs über die Parteien wollen wir uns ein paar Konstanten vor Augen führen, die das Alltagsleben der Schweidnitzer im ganzen behandelten Zeitabschnitt prägten.

Die wichtigste Änderung nach dem 9. 11. 18 war natürlich für die meisten das Ende des furchtbaren Krieges. Zum Besseren verändert hatte sich die Lage der Arbeiter, besonders durch die Einführung des Achtstundentages. Politische Neuerungen wie die Vereins- und Versammlungsfreiheit, die Beseitigung der Zensur, die Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts, die Einführung des Frauenstimmrechts wurden nicht von allen als Fortschritt empfunden. Zu frei wurden manchem die Sitten. Die allgemeine Tanzwut, speziell das „Foxtrotteln“, schien ihnen den Untergang des Abendlandes anzukündigen. Klagen über undisziplinierte Radler oder Sünder gegen das Verbot, den Rasen in den Promenaden zu betreten, häufen sich. Die TR bemängelt, dass in den einst gepflegten Straßen Gras wachse, sie auch weniger oft gefegt würden. Auch dass der Magistrat im Sommer 1919 mit Einschränkungen Kinderwagen in den meisten Promenaden zulässt, findet nicht allgemeine Zustimmung.

Was die Menschen aber am meisten bedrückt, ist die Sorge um die tägliche Existenz. Die Versorgung mit Lebensmitteln bleibt auch nach dem Kriegsende für große Teile der Bevölkerung ein Problem. Die Hauptschuld trägt zunächst die bis in den Sommer 1919 fortgesetzte englische Hungerblockade. Doch bleibt die Rationierung der Grundnahrungsmittel auch nach ihrer Aufhebung bis in den Herbst 1923. Erst ab 15. 9. 23 entfällt endgültig die Brot-, wenig später die Zuckerkarte. Die Industrie- und Handelskammer Schweidnitz sieht in ihrem Bericht über das Jahr 1919 den wichtigsten Grund für die wirtschaftliche Misere in der „weitestgehenden Reglementierung“, die das freie Spiel der Kräfte ausschaltete. Besonders beklagt sie, dass sich Schleichhandel und Schiebertum erst durch den verwalteten Mangel entfalten könnten. Welch unsinnige Blüten die Zwangsbewirtschaftung treibt, möge ein Beispiel zeigen, Im Juni 1920 bietet die Stadt Erbsen um 12,50 Mk/kg an. Im freien Handel sind sie überall um 7,70 Mk erhältlich.

Der Schwarzmarkt treibt die Preise in die Höhe, aber auch objektive Gegebenheiten führen zu Preiserhöhungen, insbesondere die rasch steigenden Rohstoffpreise. Nur ein Beispiel ist die Kohle. Sie verknappt sich: Streiks lassen die Fördermenge sinken. Lokomotiven und Güterwagen für den Transport fehlen, weil sie nach den Waffenstillstandsbedingungen abgeliefert werden mussten. Lohn- und Gehaltssteigerungen und neue Sozial- und Steuergesetze nennt der Bericht als weitere Begründung für laufende Preiserhöhungen und bilanziert: »Die noch vorhandene Leistungsfähigkeit muss auf Jahre der Wiedergutmachung dienen statt der Allgemeinheit«.

---

<sup>20</sup> Sie erscheint heute noch als Quartalschrift in ihrem ursprünglichen Verlag, dem Verlag Ludwig Heege, der nach dem Krieg zunächst in Dorffen/Obb., dann in Reutlingen, der Patenstadt der vertriebenen Schweidnitzer, seine Tätigkeit wieder aufnahm. Das Jahr 2001 wird als 119. Jahrgang gezählt.

Den Schweidnitzer Bürger trifft ganz unmittelbar die immer wieder einmal zusammenbrechende Ferngasversorgung. Schuld daran ist meistens ein Streik in Waldenburg. Noch direkter leidet besonders der Arbeiter, wenn wichtige Nahrungsmittel überhaupt aus den Läden verschwinden oder unerschwinglich werden. 1921/22 betrug der Fleischverbrauch nur noch 38 % des Vorkriegsverbrauches. 1923 gehen die Schlachtungen im Städtischen Schlachthof noch weiter zurück. Nur die Schlachtungen von Pferden und „besonders Hunden, ein Zeichen zunehmender Verarmung, mehren sich“<sup>21</sup>.

Schon Anfang Juli 1920 war es zu einer ersten Massendemonstration gegen die Teuerung gekommen, zu der Tausende aus den Betrieben aufmarschierten. Der Magistrat setzte städtische Mittel zur Senkung der Preise ein und schickte ein Telegramm an den Wirtschaftsminister nach Berlin: „Die Ruhe der Bevölkerung konnte nur durch sofortige Senkung der Preise für Lebensmittel unter bedeutenden Opfern der Stadt erkaufte werden“. Wen wundert ob solcher Hilflosigkeit, dass KPD (die Drohenden) wie DNVP (die im Besitz Bedrohten) Stimmen gewannen? Am 27./28. 7. 23 kommt es wegen „Margarinemangels und ständig wachsender Preise“ zu einer regelrechten Revolte mit Zusammenrottungen auf dem Ring und dem Wilhelmsplatz, aber auch vor der Wohnung des OB. Nur massiver Schupo-Einsatz kann die Demonstranten im Zaum halten. Freilich: existentiell betroffen ist von der Not nur ein Teil der Einwohnerschaft. Anderen erscheint der Hungerprotest als letztlich von Moskau gesteuerte „Revolution“. Den Hunger der Schulkinder sättigt zum Teil die seit Mai 1921 anlaufende Quäkerspeisung aus den USA.

Ein Dauerproblem ist auch die Versorgung mit Wohnraum. Während die Zahl der Wohnungssuchenden steigt, stagniert der Wohnungsbau. Ein paar Zahlen: Wohnungssuchende am 1. 7. 20 727, 1922 1488. Allein im Jahre 1923 steigt ihre Zahl von 1646 auf über 2000! Etwas Abhilfe bringt die Umwidmung von Kasernenräumen in etwa 150 Klein- und Mittelwohnungen. Ein wichtiger Abschnitt im Kampf gegen die Wohnungsnot ist der Bau der Bögendorfer Siedlung, in die am 1. 12. 20 die ersten 15 Siedler einziehen; am Ende des Ausbaus (1935) lebten dort etwa 1000 Menschen. Im übrigen ist der Wohnungsbau gering. Nur die Aron-Werke errichteten 1921 ein Sechsfamilienhaus, das RAW 1923 sieben Beamten- und Arbeiterhäuser. Freilich bauten die Firmen Främb & Freudenberg und Weißenberg ihre Fabrikanlagen aus. In der Karlstraße entstand aus dem Eiskeller einer Brauerei ein neues Kino.

Eine große Belastung ist die Zahl der Arbeitslosen. Anfang 1921 sind über 300 bei der Erwerbslosenfürsorge gemeldet, dazu gibt es viel Kurzarbeit. Nach kurzzeitigem Rückgang stieg die Zahl der Erwerbslosen 1923 innerhalb von drei Monaten von 230 auf 1300. Zum demagogischen Wortführer der Erwerbslosen macht sich der KPD-StVO Fritz Schubert, der wenig später aus der Partei ausgeschlossen wird, aber weiter Stadtverordneter bleibt. Die von ihm organisierten Protestdemonstrationen führen aber zu keinen so gewalttätigen Unruhen wie in Breslau, Waldenburg oder Neurode, wenn auch die Schutzpolizei manchmal einschreitet. Doch beeinflussen die Not und die Schubertsche Agitation offensichtlich die Wahlergebnisse Anfang 1924. Darüber später noch.

Der Wohlfahrtsetat der Stadt wird durch die wachsende Zahl der in Not geratenen Bürger aufs äußerste strapaziert, doch gelingt es immer wieder, den Haushalt auszugleichen, nicht zuletzt wegen der Einkünfte aus dem großen städtischen Forstbesitz, der noch ins 13. Jahrhundert zurückgeht.

## 6. Wichtige Ereignisse

Nach Bekanntgabe der Versailler Friedensbedingungen (7. 5. 19) herrscht auch in Schweidnitz tiefe Betroffenheit über den „Fluch“, den „Vernichtungsfrieden“<sup>22</sup>. Alle öffentlichen Lustbarkeiten sind für eine Woche verboten, eine überfüllte Protestversammlung, von allen Parteien einberufen, wendet sich gegen jede Abtretung schlesischen Bodens<sup>23</sup>. In der Friedenskirche nennt Pastor Seidel den Vertragsentwurf „Grab und Untergang unseres Deutschlands“.

Stärker bedrängen allerdings auch jetzt noch die meisten Schweidnitzer die materiellen Nöte, über die schon gesprochen wurde. So dient bereits die nächste Massenversammlung, von SPD

---

<sup>21</sup> Jahresbericht der Stadtverwaltung.

<sup>22</sup> Die TR fordert die Regierung indirekt zur Wiederaufnahme des Kampfes auf. »Hat aber unsere ‚Regierung‘ nicht den Mut, zum Todesritt (denn der wird es) blasen zu lassen und sich an seine Spitze zu stellen, so spare sie alle heroischen Redensarten und unterzeichne, dass endlich ein Ende ist. Das deutsche Volk wird sich dann schon selber helfen. Kommende Tage haben noch Morgenröten« (TR 9. 5. 19).

<sup>23</sup> Auch im Kreis gibt es ähnliche überparteiliche Proteste: in Nieder Weistritz, Zobten, Freiburg, Königszelt, Saarau, Laasan. Die DNVP hält in Schweidnitz noch eine eigene Versammlung am 18. 5.



und Gewerkschaften am 20.5. 19 einberufen, dazu, die schlechte wirtschaftliche Versorgung anzuprangern.

Die Stimmung nach der Annahme des „Schandvertrages“ durch die Nationalversammlung (23. 6. 19: 237 gegen 138), kommentiert die TR: „Behäbige Gemütlichkeit allerwegen. So ein klein bisschen Unruhe ja, aber durchaus nicht zuviel“.

Die Gemütlichkeit wird im März 1920 empfindlich gestört durch den Versuch, die Republik durch einen Rechtsputsch zu stürzen: den *Kapp-Putsch*.

Er hätte in Schweidnitz um ein Haar zu ähnlichen Folgen geführt wie die Ereignisse vom 31. Juli 1848, bei denen 11 Bürger Opfer des Militärs wurden.

Die ersten Nachrichten vom Einmarsch der Marinebrigade Ehrhardt von Döberitz nach Berlin gelangten am Mittag des 13. 3. 20 - einem Samstag - nach Schweidnitz.

Nach gespannter Ruhe am Sonntag, 14. 3., befolgen die Arbeiter der größeren Betriebe am Montag den Aufruf der legalen Regierung zum Generalstreik. Auf dem Ring trifft man Gruppen von Streikenden, aber auch promenierende Damen und Herren mit schwarz-weiß-roten Schleifen, doch kommt es angesichts der Truppenpräsenz zu keinen Ausschreitungen.

Am Vormittag marschiert ein Teil der Garnison mit klingendem Spiel durch die Stadt. Seit langer Zeit hört man wieder die alte Kaiser-Hymne (die »hohe Wonnegans«), die lt. TR „in vielen Herzen der Bevölkerung freudigen Widerhall fand, während es natürlich auch nicht an Äußerungen von gegnerischer Seite fehlte“. - Diese monarchistische Demonstration musste Zweifel an der gemeinsamen Erklärung der Usurpatoren der Macht in Breslau wecken. Die neuen Machthaber in Breslau, Oberpräsident von Kessel/Oberglauche und der neue Kommandierende General von Schmettow, hatten am 13. 3. 20 öffentlich verkündet, dass eine Wiederherstellung der Monarchie gegen den Willen des Volkes nicht beabsichtigt sei. Es nimmt nicht wunder, dass die Verteidiger der gesetzmäßigen Regierung argumentieren, es solle erneut eine Monarchie mit „Willem“ eingeführt werden, die wieder den 12-Stunden-Tag, neue Rekrutierungen und schließlich neuen Krieg bedeuten würden.

Auch am Dienstag wird der Generalstreik durchgehalten. Die Gasversorgung von Waldenburg her ist völlig zum Erliegen gekommen. Alle Drohungen mit Standgerichten und strengen Strafen fruchten ebenso wenig wie von Flugzeugen abgeworfene Propaganda-Flugblätter.

Am Mittwoch, 17. 3., spitzt sich die Lage dramatisch zu. Am Nachmittag gibt es auf dem Buttermarkt einen großen Menschenauflauf. Ein Gerücht behauptet, auf dem Balkon eines Hauses stehe ein Maschinengewehr. Die Menge wächst und fordert die Entfernung der bedrohlichen Waffe. Die Kaufleute, die ihre Geschäfte am Ring haben, werden unruhig - oder mindestens einige. Sie fürchten, dass die aufgeregte Menge plündern könnte. Die Polizei sieht allerdings keinen Grund zum Eingreifen. Nur wenige Beamte erscheinen gegen 16.15 Uhr, beschränken sich aber aufs Beobachten.

Dass die besonnene Führung der Schweidnitzer SPD und der Gewerkschaft die Lage völlig beherrschte, zeigt das Auftreten des Oberbürgermeisters Cassebaum, der selbst die Vorwürfe überprüfen will. Mit einem Polizeikommissar und drei älteren Arbeitern geht er in die betreffende Wohnung und lässt sie durchsuchen. Zwar findet man kein Maschinengewehr, doch wird von den Demonstrierenden behauptet, es sei inzwischen durch einen Hinterausgang entfernt worden. Obwohl die Menge noch anwächst, sieht der Oberbürgermeister auch weiterhin keinen Grund für einen Polizeieinsatz, er verbietet sogar ausdrücklich polizeiliche Maßnahmen gegen die Versammelten.

Da geschieht Unerhörtes und Unerwartetes. Gegen 17 Uhr erscheint, offensichtlich von einem Privatmann alarmiert, Militär mit Maschinengewehren und Handgranaten auf dem Ring und drängt die Menschen in zwei angrenzende Straßen ab. Nach der »Säuberung« sichert die Truppe wie bei einem Kriegseinsatz alle Seiten des Marktes und bringt Maschinengewehre in Stellung, besonders auf den Brunneneinfassungen vor der Hoh- und der Langstraße. In den an den Markt anstoßenden Straßen patrouillieren Streifen mit aufgepflanztem Seitengewehr. Auf allen Kreuzungen stehen starke Posten. An der Ecke Ring/Langstraße wird ein MG bereits schussfertig auf die Menschen gerichtet. Ein Blutbad droht. Die Behauptung, die Lage sei so bedrohlich gewesen, dass diese Maßnahme notwendig gewesen wäre, weist der Bauunternehmer Hermann Brix, der zufällig zwischen die „Fronten“ geriet, in einem Leserbrief zurück: „In demselben Augenblick, als das MG in Stellung gebracht wurde, kam ich direkt von meiner Wohnung an der Pickschen Ecke (d. i. die Ecke Ring/Langstraße) an und erkannte sofort, dass diese Maßnahme des Militärs unnötig war, ja nur aufreizend auf die Menge wirken musste, was ich auch bald dem Offizier selbst sagte. Als ich nun sogar das Kommando ‚Straße frei!‘ hörte, also jeden Augenblick das Feuer eröffnet werden konnte, wurde ich deutlicher, worauf der Offizier meine Festnahme veranlasste“. Brix kommt am selben Abend frei. Die Truppe zieht sich zurück.

Nach dem kläglichen Zusammenbruch des unzulänglich vorbereiteten Abenteuers der Kapp und Lüttwitz<sup>24</sup> wären Konsequenzen des republikanischen Staates notwendig gewesen. Dass sie nicht im erforderlichen Maße erfolgten, ist auf den unmittelbar anschließenden Versuch der KPD zurückzuführen, die Situation auszunützen. Der Kampf um die Ruhr zwingt die Regierung geradezu, auch die reaktionärsten Kräfte zur Erhaltung des Staates zu engagieren.

In Schweidnitz ist allerdings die Affäre vom 17. 3. 1920 längst nicht ausgestanden, obwohl die Arbeit am Montag, 22. 3. vorläufig wieder aufgenommen wird. Doch hat bereits am Freitag eine Massenversammlung Forderungen aufgestellt, die am Sonnabend von der Streikleitung dem Magistrat vorgetragen werden.

Die erste und wichtigste Forderung verlangt, das für den Zwischenfall verantwortliche, „zu den Meuterern übergetretene“ und nur vorübergehend in Schweidnitz garnisonierende Reichswehrebataillon 51 zu entwaffnen und aufzulösen. Da dies nicht in die Kompetenz der Stadt fällt, wird das Problem zurückgestellt, obwohl das grundsätzliche Verlangen nach Abzug in einer langen, teilweise scharfen Diskussion aufrechterhalten wird. Als zweites verlangen die „Republikaner“ die Auflösung beziehungsweise Umbildung der Einwohnerwehr, die sich den Putschisten angeschlossen habe. Schließlich wird auch noch die Ablösung beider Bürgermeister gefordert, weil sie sich nicht energisch genug gegen den Übergriff des Militärs gewehrt hätten.

Die Einwohnerwehren werden bald von der Entente allgemein verboten, da sie den Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages widersprachen. An ihre Stelle treten ähnliche Verbände, wie etwa die ORGESCH. Die übrigen Forderungen der SPD finden in der StVO-Versammlung keine Mehrheit, obwohl auch vom Zentrum und den Demokraten Kritik an dem Geschehen geübt wird (Rektor Rückert: „Die Vorkommnisse haben nicht nur den Unwillen der Arbeiterschaft erregt, sondern auch den weiter Teile der Bürgerschaft“; Justizrat Landsberg: „Der Magistrat war zunächst überrascht, aber nachher hätte er sich energisch gegen den Truppeneinsatz verwahren müssen“). Selbst die DNVP distanziert sich später in einer Versammlung von dem Putsch, beklagt aber gleichzeitig die Ausrufung des Generalstreiks. Ihr Vertreter, Graf von Keyserlingk/Cammerau, kann die Rolle des Militärs nicht billigen, aber wohl verstehen. Der Putsch sei getragen worden von „vaterlandsliebenden, aber verzweifelten Existenzen, deren Dienste mit Undank belohnt worden seien“ und betont: „Wenn aber in der Verzweiflung Männer, die als ehrenwerte Offiziere und Soldaten uns näher stehen als die Leute, die jetzt im Ruhrgebiet die Greuelthaten ausführen, einen unbesonnenen Schritt taten, so brauchen wir nicht kleinmütig zu werden“.

Schärfere Töne gegen die organisierte Arbeiterschaft werden in der Versammlung des Bürgerversins Niederstadt am 25. 3. angeschlagen. Dort wird das „aufgerüttelte“ Bürgertum von einem Redner dazu aufgerufen, sich endlich aufzuraffen und eine Abwehrfront zu bilden, damit nicht mehr drei Viertel der Einwohner durch das restliche Viertel terrorisiert würden. Ein Ergebnis ist die Gründung eines „Ordnungsblocks“ aus Vertretern aller bürgerlichen Vereine und Vereinigungen, als dessen Ziel die Erhaltung von Ruhe, Sicherheit, Recht und Gesetzmäßigkeit, besonders aber der Schutz von Arbeitswilligen bei Streiks bezeichnet wird.

Eine besondere Rolle spielte in der Putschzeit die „*Tägliche Rundschau*“, die sich bedingungslos auf die Seite der Rebellen stellte und auch vor Falschmeldungen nicht zurückschreckte. Nach dem unrühmlichen Ende entschuldigte sie sich quasi für die Art ihrer Berichterstattung und gab eine Ehrenerklärung für die Schweidnitzer Arbeiterschaft ab. Deren Führer seien nach besten Kräften bemüht gewesen, die Politik der Gewalt aus den Mauern der Stadt fernzuhalten. „Von seiten der hiesigen Gewerkschaften ist alles getan worden, was geeignet war, die Gemüter zu beruhigen“. An der einseitigen Berichterstattung seien die amtlichen Stellen schuld gewesen, die nie eine offizielle Mitteilung an die Presse gegeben hätten. So sei man auf eigene Beobachtungen und nicht immer kontrollierbare Gerüchte angewiesen gewesen.

Vier Wochen später stellt die Zeitung fest: „Die bösen Wallungen, die in den Generalstreiktage in unsere Bevölkerung hineingetragen worden sind, wollen sich nicht glätten. ... Nach den scharfen Drohungen der linken Kommunistengruppen und den aufgestellten allzu scharfen Forderungen auf kommunalen und politischen Gebieten ist jetzt das Bürgertum mehr als zuvor geneigt, im gegebenen Falle Gleiches mit Gleichem zu vergelten“. Mit der TR freuten sich sicher viele, endlich wieder einmal „schneidige Militärmusik“ zu hören, als die inkriminierten 51er von einem „gemütlichen Bataillonsfest“ am 15. 4. 20 in den Schießständen in die Stadt zurückmarschierten<sup>25</sup>.

Einen späten Nachklang zu der Affäre der 51 er gibt es, als diese Formation im Dezember doch Schweidnitz verlässt. Oberbürgermeister Cassebaum verweigert sich dem geplanten feierlichen Abschiedsakt vor dem Rathaus. Die TR meint: „Die Bürgerschaft wird mit Bedauern von dieser Haltung hören“, die sie auf Befürchtungen vor Protesten der SPD zurückführt. Der Magistrat stellt daraufhin in einem Brief klar, dass er einstimmig die Haltung Cassebaums gebilligt habe.

---

<sup>24</sup> Lüttwitz fand nach dem Scheitern des Putsches zunächst Unterschlupf bei Verwandten in Schweidnitz.

<sup>25</sup> TR 18.4.20.

So erfolgte dann die Verabschiedung auf dem Kleinen Exerzierplatz ohne Vertreter der Stadt. „Im Namen der Bürgerschaft“ sprach Dr. Gantzer (der Direktor des Gymnasiums 1913-33) ein „herzliches Lebewohl“<sup>26</sup>.

Ein anderes Thema: Die Tragödie *Oberschlesiens* bewegt die Gemüter immer wieder; die polnischen Aufstände von 1919 und 1920, die zugunsten Deutschlands ausgegangene Volksabstimmung 1921 und der anschließende Versuch Korfantys, das Ergebnis mit Gewalt zu korrigieren, schließlich die Abtrennung Ostoberschlesiens 1922 führen immer wieder zu Demonstrationen des überwiegenden Teils der Bevölkerung. Sinnbild für die Treue zu Oberschlesien ist das am 14. Oktober 1922 in Anwesenheit des Regierungspräsidenten eingeweihte Oberschlesien-Denkmal der Dorothea von Philipsborn vor dem Bahnhof - das erste in Deutschland überhaupt. Die Warnung der TR an Polen unterm 18. 3. 1920 hat paradigmatischen Charakter: „Hüte Dich, weißer Aar! Aquila non gentis columbae! Der heute Todwunde wird wieder genesen. Die Drachensaat von Versailles wird eines Tages aufgehen. Dann hüte Dich!“ Direkt betroffen wurde Schweidnitz auch durch den Flüchtlingsstrom aus Oberschlesien: so brachte etwa am 9. 5. 1921 ein Zug 400 Flüchtlinge aus dem Aufstandsgebiet. Später verschärfen die Optanten die Situation auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt.

Zu machtvollen Demonstrationen auf dem Ringe mit 2000 bis 3000 Teilnehmern kommt es anlässlich der *Fememorde* an Matthias Erzberger (26. 8. 1921) und Walther Rathenau (24. 6. 1922). Diese Proteste werden von SPD, Z und DDP organisiert. Bei der Versammlung am Tage der Beisetzung Rathenaus fordert der SPD-Vorsitzende und spätere StVO Fianke die Schulleiter auf, gegen den „Hakenkreuzblödsinn“ an den höheren Schulen, besonders aber am Landwirtschaftlichen Seminar, einzuschreiten. Er fordert jeden Arbeiter, der einen der 15-16jährigen unerfahrenen Bengels mit dem Hakenkreuz und auf die Republik spottend antreffe, auf, er möge ihn durch ein paar kräftige Maultschellen auf das Unsinnige seines Tuns hinweisen. Die Massen ermahnt er, ruhig zu bleiben. Anschließend versammeln sich die SPD-Anhänger auf dem Margaretenplatz. Von dort ziehen sie auf den Schützenplatz und verhindern die Durchführung des auf diesen Trauertag angesetzten Reit- und Fahrturniers der Artillerie. Es findet erst einen Tag später statt. Die konservative Presse sieht bereits die Bolschewisierung Deutschlands vor der Tür.

Anlass zu Kontroversen bieten auch meist der 1. *Mai* und der *Verfassungstag*. Schon zum 1. 5. 1919 spricht die TR von den „gemischten Gefühlen“, die diese „neue Einrichtung“<sup>27</sup> bei Millionen auslöse, und hofft: „**Mögen beide Teile des deutschen Volkes**“<sup>28</sup> mit ihren gegensätzlichen Empfindungen doch jede Anstößigkeit gegeneinander vermeiden“. Schon ein Jahr später freut sie sich, dass der überwältigende Teil der Bevölkerung arbeitete statt zu feiern. Folgt man der „Bergwacht“<sup>29</sup> so wurden massive Hindernisse gegen die Feiern aufgebaut. Soldaten wurde die Teilnahme an den Umzügen grundsätzlich verboten, „auch kirchlicherseits wurde gegen den Weltfeiertag scharfgemacht“, Wirten wurde ein Lokalboykott angedroht, falls sie ihre Räume für Mai-Feiern zur Verfügung stellen wollten. Trotzdem gab es in jenem Jahr eine Festversammlung um 9 Uhr im Volksgarten mit Arbeitersängern und einer Rede Fiankes zum Thema: „Empor zum Licht!“. Am nachmittäglichen Festumzug beteiligten sich ca. 2000 Personen, Musikkapellen und Arbeiterradfahrer. Anschließend gab es noch eine Abendveranstaltung - man tanzte in den Mai.

Am Verfassungstag (11. 8.), der erstmals 1922 in Schweidnitz erwähnt wird, gab es anfangs keine eigene Feier, doch waren die öffentlichen Gebäude beflaggt, die Städtische Sparkasse sogar schwarz-weiß-rot. Das Phänomen des *Flaggenstreites* ist bekannt. An Privathäusern sah man diese Farben bei anderen Gelegenheiten häufiger als das republikanische Schwarz-rot-gold (diffamiert als „Schwarz-Rot-Senf“).

Bei der Enthüllung des OS-Denkmal musste Regierungspräsident Jaenicke sogar eigenhändig der republikanischen Fahne den ihr gebührenden Platz zuweisen. War es Anhänglichkeit an die Hohenzollern oder pure Vergesslichkeit, dass deren Bilder erst im September 1922 aus dem StVO-Sitzungssaal entfernt wurden?

## 7. Das Jahr 1923 und die Frühjahrswahlen 1924

---

<sup>26</sup> TR 11. 12. 20. Auch beim Abschied der 42er tritt der OB nicht auf, doch spricht als offizieller Vertreter der Stadt Stadtrat Scheder im ‚Volksgarten‘ Abschiedsworte. Am Tag darauf paradierte die Einheit am mit Fahnen geschmückten Rathaus vorbei.

<sup>27</sup> Zwar spricht die TR hier bereits von einem »gesetzlichen Feiertag«, doch wurde er dies erst am 1. 5. 1933 als »Tag der nationalen Arbeit«. In der Weimarer Republik blieb er nur ein gesetzlich geschützter Feiertag.

<sup>28</sup> Hervorhebung durch den Verfasser.

<sup>29</sup> 3.5.1921

Die Krise des Jahres 1923 ist noch aus dem Geschichtsunterricht bekannt, die Besetzung der Ruhr, der passive Widerstand mit den verheerenden Auswirkungen auf die schon angeschlagene deutsche Währung, separatistische Bestrebungen im Rheinland, drohende Volksfrontregierungen in Sachsen und Thüringen, der Hitlerputsch in München - das ist der Hintergrund, vor dem auch in Schweidnitz Not und Elend weiter wachsen und sich soziale Spannungen verscharfren. Von Versorgungsschwierigkeiten, Wohnungsnot, steigenden Preisen, Arbeitslosigkeit war schon die Rede. Die Inflation verschlingt auch das Ersparnis einer bis dahin noch gut gesicherten Schicht.

Der Verwaltungsbericht für das Rechnungsjahr 1923/24 zieht Bilanz aus der Sicht der Bürokraten: „Von August ab musste die angestrengteste Arbeit aller Verwaltungsstellen aufgewandt werden, um den völligen Stillstand der Verwaltung zu verhüten. Der Zusammenbruch der Währung vermehrte die Rechenarbeit ins Ungemessene, machte zuletzt zweimal wöchentlich Lohn- und Unterstützungsleistungen notwendig, ließ die Einnahmen der Stadt zu einem Nichts zusammenschrumpfen und ihre Lasten angesichts des immer stärker sich auswirkenden Stillstandes der Privatwirtschaft rasch wachsen“. Zeitweise war fast ein Viertel der gesamten krankenkassenpflichtigen Bevölkerung erwerbslos oder zu Kurzarbeit verurteilt. Wie wir schon horfen, stieg innerhalb von drei Monaten die Zahl der Erwerbslosen von 230 auf 1300. Die Gas- und Wasserwerke gingen vom nachträglichen Einzugsverfahren für einen Monat zum wöchentlichen Bringeverfahren über. Weder Räume noch Beamte reichten dafür aus.

Mancher ging zur Tauschwirtschaft zurück. Der im August in Schweidnitz gastierende Zirkus Sarrasani ließ sich die Eintrittskarten mit Futtermitteln bezahlen. Ein 2. Platz Mitte etwa kostete 5 kg Hafer, 1 Zentner Heu oder Stroh brachte zwei Sitzplätze.

Mit Beginn der neuen Ernte und dem völligen Abbau der Getreidezwangswirtschaft wurde es immer schwieriger, mit dem wertlos gewordenen Geld Brot und Kartoffeln für die Bevölkerung zu beschaffen. Auch Margarinemangel setzte ein: Margarine war damals die Butter des kleinen Mannes: eine Lebensnotwendigkeit! Kein Wunder, dass ihr Verschwinden vom Markt zu heftigen Ausschreitungen führte, von denen oben schon die Rede war. Die Radikalität an den Rändern wuchs. Auch die Gründung des *Stahlhelms* in Schweidnitz im Herbst 1923 gehört in diesen Zusammenhang.

Die Kriminalität stieg - Brechts „Erst kommt das Fressen, dann die Moral“ scheint sich auch in Schweidnitz als gültige Maxime zu erweisen. Die Stadtverwaltung plante, die Schrifttafeln von den Denkmälern vorübergehend zu entfernen, um Diebstählen vorzubeugen. Besonders begehrt waren die Spitzen der Blitzableiter - meist aus Platin!

Zwar brachte die Einführung der Rentenmark zum 15. 11. das in wahnwitzigem Tempo kreisende Inflationskarussell zum Stehen. Der Zeitgenosse spürte den Wandel nicht sofort - er war ein gebranntes Kind. Die Wahlergebnisse vom Frühjahr 1924 spiegeln das deutlich wieder, sie gehören deshalb noch zu dem hier behandelten Zeitraum.

Da sind zunächst die Kommunalwahlen am 28.4.1924. Sie werden zum schwarzen Tag der SPD. Stärkste Fraktion wird die DNVP mit 12 (bisher 8) Stadtverordneten. Je 5 Sitze erhalten Z (bisher 8), SPD (bisher 13) und KPD (bisher nicht vertreten). DDP und DVP bringen es auf je 2 Sitze, die erstmals angetretene Deutsch-Soziale-Partei, ein völkischer Vorläufer der NSDAP, auf einen. Bei den Reichstagswahlen des 4. 5. 24 erreicht die SPD mit 16 % ihr absolutes Tief in Schweidnitz (Reich: 20,5, Wahlkreis Breslau: 24,8 %). Die revolutionäre *Kommunistische Partei* (KPD) - seit 1920 in Schweidnitz nachweisbar, 1921 mit einem Bombenanschlag auf die Eisenbahnstrecke nach Konigszelt hervorgetreten, beteiligt sich (nach dem Ende der USPD) 1924 erstmals an Wahlen in der Stadt. Der auf Anhieb errungene Anteil von 11,6 % (Reich: 12,6, Wahlkreis Breslau: 6,3 %) zeugt von der angestauten Erbitterung der durch Inflation und Arbeitslosigkeit deklassierten Massen. Auf lokale Gründe (,Volkstribun' Fritz Schubert!) ist das noch bessere Abschneiden bei der Kommunalwahl am 28. 4. 24 zurückzuführen, in der die KPD (14,4 %) mit der SPD (14,6 %) fast gleichzieht.

Wie schon erwähnt, bleibt das Zentrum weiter stabil. Bei der Reichstagswahl im Mai 1924 erzielt es 17,5 %, bei den Kommunalwahlen im April verfehlt es mit 20,1 % das 6. StVO-Mandat um ganze 6 Stimmen. **DDP und DVP** erringen 4,5 beziehungsweise 6,2 %. Die Deutschvolkische Freiheitspartei, eine Vorläuferin der NSDAP, muss sich mit 174 Stimmen (1, 1 %) begnügen (Reich: 6,5, Wahlbezirk Breslau: 4 %).

Auf der Siegerstrae befindet sich weiter die DNVP. Am 4. 5. 24 erreicht sie mit 36,4 % ein Rekordergebnis (Reich: 19,5, Wahlkreis Breslau: 28,7 %).

Die weitere Entwicklung gehört nicht mehr in unseren Berichtszeitraum. Die nächsten Reichstagswahlen im Dezember 1924 sind schon von der Hoffnung auf bessere Zeiten geprägt, in denen auch wieder andere Kinderreime gesungen werden als die von der MZ im November 1923 als „Des deutschen Kindes Liederborn“ abgedruckten.

Der erste Abzahlreim handelt vom Brot, das, obwohl nur auf Lebensmittelmarken erhältlich, zu teuer ist, und von importiertem Margarineersatz, über dessen Qualität oft geklagt wurde:

*Ringel, ringel, reia,  
das Markenbrot ist teia,  
noch teurer ist das Affenschmalz  
und außerdem hängt's uns zum Hals  
heraus – aus.*

Noch böser klingt die zweite Parodie, die die politischen Erfahrungen des Jahres 1923 (und der vorhergehenden Jahre) widerspiegelt:

*Ri-ra-rutsch,  
wir machen heute Putsch!  
Hänschen schmeißt mit Handgranaten,  
Karlchen drischt mit einem Spaten,  
Lieschen wird am Spieß gebraten.  
Ri-ra-rutsch,  
wir machen heute Putsch!*

Nur vorübergehend kamen etwas bessere Zeiten. Wirklich gute für alle gab es überhaupt nicht mehr, doch wuchs zunächst wieder Hoffnung, und das ist für die Lebenden und Leidenden, die noch nicht aus gemütlichem Abstand das, was man dann *Geschichte* nennt, *sine ira et studio* betrachten können, schon sehr viel.

Zu den QUELLEN dieser Darstellung und einer noch nicht zu schreibenden umfassenderen *Geschichte der Stadt Schweidnitz*:

---

Die *Akten der Stadtverwaltung* sind seit der Räumung im Februar 1945 verschollen. Zwei damit beladene LKWs sollten sie angeblich im damaligen Sudetenland in Sicherheit bringen. Eine Anfrage in Komotau ergab keine Spuren.

Die Bestände des *Schweidnitzer Stadtarchivs*, gegen Kriegsende in Leutmannsdorf ausgelagert, befinden sich heute, von einigen Lücken abgesehen, im Breslauer Staatsarchiv (Archiwum Państwowe we Wrocławiu)<sup>30</sup>. Für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg werden sie wohl nur wenig hergeben. Möglicherweise finden sich aber in anderen Beständen (Oberpräsidium, Regierungspräsidium, Gauleitung etc.) noch Hinweise.

Hauptquelle bleibt - neben den amtlichen Statistiken des Reiches und Preußens - der reiche Bestand an *Schweidnitzer Zeitungen* im Gabinet Śląsko-Łuzycki (GŚŁ) der Universitätsbibliothek Breslau (Biblioteka Uniwersytecka Wrocław). Leider gibt es auch dort Lücken, die zu Rekonstruktionen aus Breslauer, Waldenburger oder Striegauer Blättern zwingen. An Schweidnitzer Zeitungen wurden vor allem benutzt die „Tägliche Rundschau“ (TR; konservativ-deutschnational), die „Schweidnitzer Zeitung“ (SZ, liberal-demokratisch), die „Mittelschlesische Zeitung“ (MZ, Zentrum), der »Mittelschlesische Volksfreund« (MVf, keine Parteizeitung, aber der MZ nahestehend).

Als Ergänzung zu dieser „bürgerlichen“ Presse ist besonders wichtig die Waldenburger „Schlesische Bergwacht“ (BW, SPD), die in jeder Nummer auch über Schweidnitz in einer Kolumne „Aus den Nachbarkreisen Schweidnitz-Striegau“ aus der Perspektive der Arbeiterpartei berichtet. Nur wenig ergiebig ist dagegen die Breslauer „Schlesische Arbeiterzeitung“ (SAZ, KPD).

Eine Fehlerquelle liegt auf der Hand: alle Schweidnitzer Zeitungen sind von einer bestimmten Richtung politisch geprägt und werten Vorgänge oft einseitig oder verschweigen sie ganz. Der Idealfall wäre, wenigstens die wichtigsten Ereignisse in der Darstellung verschiedener Zeitungen zu vergleichen. Leider geht das nur begrenzt, weil selten parallele Jahrgänge erhalten sind. Auch der Zeitaufwand (bedeutet auch Geldaufwand!) wäre groß. Nach meinen Erfahrungen berichten am ehesten objektiv die *Mittelschlesische Zeitung* und die *Schweidnitzer Zeitung*.

Besonders wertvoll sind die jährlichen *Verwaltungsberichte* des Magistrats. Erhalten sind in Breslau fürs 20. Jahrhundert nur die Jahrgänge 1911/12, 1912/13, 1913/14 und 1928/29. Doch finden sich in den Zeitungen ausführliche Auszüge, Leider fehlen auch hier bisher die Jahre 1919/20, 1920/21, 1924/25, 1927/28. Die gedruckten *Verwaltungsberichte* endeten 1932/33.

Auch die gedruckten *Haushaltspläne* bieten wertvolles Zahlenmaterial. Sie beginnen wie die Verwaltungsberichte mit dem 1. April des genannten Jahres und reichen bis zum 31. März des folgenden. In der UB Breslau finden sich: Haushaltsplan der städt. Verwaltung zu Schweidnitz für das Rechnungsjahr 1892, 1893, 1894, 1907, 1908, 1909, 1915, 1917. Mit geändertem Titel: Haushaltsplan der Stadt Schweidnitz 1929, 1931, 1934, 1935, 1936. Mit neuem Titel: Haushaltssatzung der Stadt Schweidnitz 1937 bis einschließlich 1944. Auch die Zeitungen berichten jeweils ausführlich über den neuen Etat.

Weitere Quellen sind Aussagen von Zeitzeugen. Von gedruckten Memoiren, die Schweidnitz mitbetreffen, sind mir bekannt: Hans Hertel, *Generation im Aufbruch*, Preuß. Oldendorf 1977, Kunigunde v. Richthofen, *Mein Kriegstagebuch*, Berlin 1937, Manfred v. Richthofen, *Der Rote Kampfflieger*, seit 1917 öfters.

Kürzere Erinnerungen finden sich in Sammelbänden, wie den von Herbert Hupka herausgegebenen zwei Bänden »Leben in Schlesien« und »Meine schlesischen Jahre« (München o. J.). Hingewiesen sei auf die Beiträge in Band 2: Ferdinand Friedensburg: »Soldat und Referendar vor dem Ersten Weltkrieg« (S. 39-47) und Wolfgang v. Websky (+ 1992) »Mit dem Strom - gegen den Strom« (S. 125-138).

Erinnerungen aus der Zeit von 1945 bis etwa 1947 finden sich öfters in der »Täglichen Rundschau«. Eine Sammlung von Erlebnisberichten liegt im BA Koblenz. Zusammenhängende Darstellungen von Zeitzeugen sind selten. Ihre Zahl ist inzwischen natürlicherweise verschwindend klein geworden.

Zu danken habe ich für viele Einzelinformationen und für laufende Hilfe aus dem heutigen Schweidnitz. Für personenbezogene Daten bieten die Bücher des Standesamtes und der Kirchen immer noch wertvolle Auskünfte.

---

<sup>30</sup> Vgl. dazu meinen Aufsatz: Was wurde aus dem Schweidnitzer Stadtarchiv? In: TR 1/1987, S. 6.